

## Wien und Westeuropa

(Von unserem Vertreter)

C. P. Paris, Anfang Mai.

Die Bedeutungen der französischen Freundschaft für Österreich, die dem Bundeskanzler Schober während seines Pariser Aufenthaltes entgegenlaußen waren, so lebhaft und vielseitig, daß es wert erscheint, ihre Bedeutung zu prüfen. Insbesondere besaß die Presse in den historischen Rätschen ihrer Begrüßungen, doch unmittelbare Gegensätze zwischen Frankreich und der österreichisch-ungarischen Monarchie nie bestanden hatten; daß deren Eintritt in den Krieg 1914 dem Selbstmord gleichkam.

Es ist viel wahres an der Betonung des Mangels an Reibungen, der zwischen Österreich und den Weltmächten, Frankreich und England vor dem Kriege bestand. Der Gegnungszauber war andererseits offenkundig und brachte mittelbar den Konflikt mit dessen Verbündeten auch für Österreich. Es ist unverkennbar, daß abgesehen von dem feindlichen Geiste zwischen Frankreich und der alten Monarchie manche fulminelle Verbündtheiten bestanden. Für eine weite Übersicht war das Französische eine zweite Muttersprache und Ausdruck einer traditionellen Vertrautheit mit französischem Geist und Lebensstil. Die österreichische Kultur, hierin der englischen vergleichbar, besaß ebenfalls Stärke und innere Lebendigkeit wie großzügige Weite; Eigenschaften, die sie befähigten, fremdes Kulturgut, wie das französische, in rücksichtsloser Aufgeschlossenheit aufzunehmen, ohne das eigene Weite zu verlieren oder anzugehen.

Doch wie steht es mit der fortwährenden französischen Freundschaft? Mit der Behauptung vom Selbstmord Österreich-Ungarns? Sie gleicht allzu sehr den Versicherungen deejen, der getötet hat, und zur Auslastung greift, sein Opfer habe ihn selbst das Leben genommen; denn es ist noch im allgemeinen Bewußtsein lebendig, daß die Zersetzung Österreich-Ungarns sehr bald, insbesondere aber, nachdem sich die österreichische Bewegung in England und Amerika konstituiert hatte, unter die Kriegsziele der Alliierten aufgenommen wurde. Unter die französischen Demokratie fümpften nicht nur Lloyd George und Wilson, sondern mit nicht geringerer Erbitterung die französischen Staatsmänner gegen eine, ihren politisch-liberalen Ideen so völlig feindliche Macht wie die Doppelmonarchie.

Man kann auch nicht behaupten, daß der kleinste aller Nachfolgerstaaten, der mit dem Namen des alten Staates behaftet blieb und Wien als Hauptstadt befreit, den Heimsuchungen eines Gewaltstreids entgangen sei; oder, daß die französische Politik der nachfolgenden Jahre ihm Beweise besonderer Sympathie gegeben hätte. Vielmehr stellte Paris für sein Anschlußverbot, für den Ausnahmestand unter Aufhebung des Schlußbestimmungsteiles der Völker, die Nachbarn Österreichs von der kleinen Entente als Garanten auf. Frankreich erwies sich recht eigentlich als die verhindrende Macht, die sich den selbständigen Entscheidungen des österreichischen Volkes und seiner Regierungen in den Weg stellte. Die Tragödie des neuen, unglaublichen, schwachen Staates bestand darin, daß er deutsch war und Deutsch-Ostreich liebte. Das wurde ihm von Frankreich am allerwenigsten vorhersehen. Die Beschämung der Gesühle, die in den zwölf Nachkriegsjahren zwischen

Frankreich und Deutschland stattfand, vollzog sich begreiflicherweise viel rascher mit Österreich. Aber das Veto gegen den Anschluß blieb. Die französischen Befreiungen zielten daher in neuerer Zeit darauf hin, den Geist der österreichischen Selbstständigkeit und mit allen Mitteln auch die Grundlagen ihrer Aufrechterhaltung zu zerstören. Die Politik sieht am Anfang aller Reparationsmilderung, aller Auflebherheitshalt, aller kulturellen Propaganda. In seiner großen Kammerrede vom Dezember 1928 stellte Brandt der österreichischen Republik eine einflussreiche Zukunft im Rahmen eines wiederhergestellten, vielleicht vereinigten Europa in Aussicht. Und wenn nach den kurzen Pariser Besprechungen des Grafen Coudenhove-Kalergi mit dem Verteiler der französischen Außenpolitik nun mehr von beiden Seiten der Europa- und Friedensgedanke in die politischen und theoretischen Debatten geworfen wird, so offenbart der Plan seinen grundlegenden politischen Zielen, um von der Staats- und völkerrechtlichen Kritik ganz abschneiden; er hantiert ganz auf dem status quo der Verträge auf.

Die französische Unabhängigkeit, die von Paris hierbei Deutsch-

Ostreich dictiert wird, ist einer von vielen Auslösern.

Etwas anderes ist es, wenn Schober sich in Paris zum Gedanken der europäischen Föderation bekannt hat. Dies bedeutet nicht nur eine natürliche Höflichkeit gegenüber Frankreich, sondern entspricht auch dem geschäftsfertigsten Interesse Österreichs an einer allgemeinen europäischen Konföderierung, die eine Entspannung im mittleren und südöstlichen Europa mit sich bringen muß. Doch in der Auseinandersetzung des Bundeskanzlers der Zusammenhalt nicht einem Begräbnis gleichkommt, haben seine Erklärungen über das deutsch-österreichische Problem zur Genüge bewiesen. Die Leitung des Quai d'Orsay hat im übrigen mehr Zurückhaltung und Rücksichtnahme in diesem Punkte bewiesen als eine weniger talklose Presse, die den Höflichkeitsteich des österreichischen Bundeskanzlers dazu missbraucht, um ihn mit allen Mitteln auf die Zukunft der Außenpolitik seines Landes festzulegen und es nicht scheuen, ihm Alternativen zu stellen und Vorrichten zu machen.

Wenn die kulturellen Beziehungen Österreichs mit dem Westen durch den Besuch Schobers in Paris einer weiteren Ausgestaltung entgegengeführt werden, so nimmt die ganze deutsche Nation daran Anteil. Sie besitzt im deutschen Österreich eine wertvolle Brücke zu wenig angangenen Nachbarn. Daß das Verhältnis zum Deutschen Reich durch die neuere europäische Freundschaft Österreichs nicht beeinflußt wird, dafür bürgt die Persönlichkeit des Kanzlers, der in der französischen Hauptstadt das Wort vom „Einen Volk in zwei Staaten“ geprägt hat.

**Die Spannung in Warschau**

P. T. Warschau, 6. Mai.

Da durch das Zusammenwirken sämtlicher Oppositionsparteien weit mehr als die zur Einberufung einer außerordentlichen Parlamentssession verpflichtungsmäßig gebotene Anzahl von Unterschriften der Abgeordneten gesammelt worden sind, wird nun in den nächsten Tagen der Sejmssaal dem Staatspräsidenten die Eingabe der Abgeordneten eingebracht. Nach der Verfassung ist der Staatspräsident dann gezwungen,

das Parlament im Laufe von längstens zwei Wochen zusammenzurufen. In dem Schrein an den Staatspräsidenten wird der Wunsch zur Einberufung des Sejms mit der außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage, die durchgreifende Reformen verlangt, sowie durch die Notwendigkeit der Ratifizierung der deutsch-polnischen Verträge begründet.

Die Regierung des Obersten Sławek, die bekanntlich bisher mit allen Mitteln eine Einberufung des Sejms zu hinterziehen versucht hatte, da sie sehr wohl weiß, daß unter dieser formalen Begründung sich das Bestreben der Abgeordneten versteckt, im Parlament dem Kabinett sofort das Misstrauen zu erklären, wird nunmehr gezwungen sein, einen Vorstoß zu benennen. In politischen Kreisen wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Premier Oberst Sławek einem solchen Misstrauensvotum zuvor kommen und noch vor Einberufung des Sejms seine Demission geben wird. Wie verlautet, ist selbst im Kabinett eine starke Strömung für die Einberufung des Sejms, da die verantwortlichen Wirtschaftsführer die Möglichkeit einer Normalisierung der schweren Wirtschaftslage nunmehr auf dem Wege außerordentlicher Verordnungen und neuer Steuergesetze erblieben. Andererseits wäre es mehr als übertrieben, wenn das Pilsudski-Lager Oberst Sławek, d. h. die mit so viel Drohungen und Verhetzungen ausgespielte Karriere langsam ohne das geringste positive Ergebnis zurückziehen würde. Eine Kapitulation Oberst Sławeks würde tatsächlich einen Zusammenbruch der diktatorischen Form des Pilsudismus gleichkommen, ein Zusammenbruch, der durch einen freiwilligen Rücktritt des Ministerpräsidenten nur noch aussichtsloser würde. Eine zweite Möglichkeit, die Regierung vor einer offenen Niederlage zu retten, wäre die Auflösung des Parlaments. Da sie aber, wenn die Regierung nicht einen außerordnungsmäßigen Zustand herbeiführen würde, zwangsläufig die Auszeichnung von Neuwahlen nach sich ziehen müßte, die im augenblicklichen Stadium nur eine vernichtende Niederlage der Pilsudisten bringen müßte, wird diese Form einer radikalen Krisenlösung als nicht wahrscheinlich angesehen.

### Ullig am Sprechen gehindert

Wauwau, 7. Mai.

Für Montagabend war hier eine Wahlversammlung der Deutschen Wahlgemeinschaft einzuberufen, zu der mehrere tausend Personen erschienen waren. Die Versammlung nahm zunächst einen ruhigen Verlauf. Als Ullig, der Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes, das Wort ergreifen wollte, kam es zu Tumulten, die von Mitgliedern des Polnischen Autonomieverbands hervorgerufen wurden. Als ein Mitglied dieses Verbandes versuchte, eine Schrede zu halten, wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst.

\* Bei einer vulkanischen Eruption im Waimeatal auf der Nordinsel von Neuseeland wurden schätzungsweise eine Million Tonnen hochenden Schlammes über eine Fläche von etwa 8 Quadratkilometern geschleudert.

Berantwortlich für Politik und Beauftragter Dr. G. Deetz, für Volksbildung: H. John; für Ausübung: L. Ungary, alle in Dresden, Polizeipräsidium; und für Presse: Hermann H. Oh, Zillie Dresden.

Durch die „Sächsische Volkszeitung“ gelangen  
**Familien-Nachrichten**  
zur Kenntnis aller Katholiken in ganz Sachsen

**IN TIEFER TRAUER**  
geben wir das unerwartete Ableben  
unsers lieben ALten HERRN  
**Dr. phil. KARST**  
Syndikus der Industrie- und Handelskammer Dresden  
bekannt.

C. V. Verbindung Saxo - Thuringia  
Für das Philisterum: K. Leis, Phil. X. Für die Aktivitas: ing. Ulrich X.

**Nachruf.**  
Bei einem Autounglück in Böhmen am 3. 5. 1930 erlitt unser Mitglied

**Herr Dr. phil. August Andreas Karst**  
Syndikus der Industrie- und Handelskammer plötzlich den Tod.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen eifrigen Förderer unserer Interessen und werden sein Andenken jederzeit in hohen Ehren halten.  
**Die Handels- und Industrie-Beiräte der Zentrums-Partei — Sachsen.**

Kommerzienrat Dr. phil. h. c. Alfred Kasper, Vorsitzender.

### Vereins-Nachrichten

zur Kenntnis aller Vereinsmitglieder

### Fahneneiweiß der Jungfrauen-Kongregation

#### Dresden-Löbtau

am Sonntag, den 11. Mai 1930, im Gesellenhaus, Käufferstraße 4

Zur Aufführung gelangt:

**„Das Kreuz von Mexiko“**  
Kulturmalspiel in 4 Aufzügen  
Eintritt 5 Uhr Preis 60 Pf. Beginn Punkt 6 Uhr

### Sath. Gesellenverein Dresden-Ost

#### 10. Ausflug nach Bachberg

mit Preisegegn

am Sonntag, den 18. Mai.

Treffpunkt 1/2 Uhr Schillerplatz, Blasewitz, Abmarsch 3 Uhr.

Es lädt alle herzlich ein

Der Vorstand.

### Deutscher Esperanto-Bund e. V. Zweigverein Dresden

#### Esperanto-Schnellkursus

von Pfarrer Andreo Trebe

nach eigener, leicht fasslicher Methode findet statt

vom 31. Mai bis 15. Juni tägl. v. 19-22 Uhr.

Anmeldung an Deutschen Esperanto-Bund,  
Dresden-N., Königsbrücker Str. 93. Ruf 54022.

Wer gibt uns Liebe zur Marienkrönung einer armen katholischen Gemeinde ein **gebrauchtes Harmonium** zur Verhöhnung des Gottesdienstes billig ab?

Mütter Nachricht unter Nr. 6969 an die Geschäftsstelle dieses Blattes eilen.

Das Parlament im Laufe von längstens zwei Wochen zu versammeln. In dem Schrein an den Staatspräsidenten wird der Wunsch zur Einberufung des Sejms mit der außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage, die durchgreifende Reformen verlangt, sowie durch die Notwendigkeit der Ratifizierung der deutsch-polnischen Verträge begründet.

Die Regierung des Obersten Sławek, die bekanntlich bisher mit allen Mitteln eine Einberufung des Sejms zu hinterziehen versucht hatte, da sie sehr wohl weiß, daß unter dieser formalen Begründung sich das Bestreben der Abgeordneten versteckt, im Parlament dem Kabinett sofort das Misstrauen zu erklären, wird nunmehr gezwungen sein, einen Vorstoß zu benennen. In politischen Kreisen wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Premier Oberst Sławek einem solchen Misstrauensvotum zuvor kommen und noch vor Einberufung des Sejms seine Demission geben wird. Wie verlautet, ist selbst im Kabinett eine starke Strömung für die Einberufung des Sejms, da die verantwortlichen Wirtschaftsführer die Möglichkeit einer Normalisierung der schweren Wirtschaftslage nunmehr auf dem Wege außerordentlicher Verordnungen und neuer Steuergesetze erblieben. Andererseits wäre es mehr als übertrieben, wenn das Pilsudski-Lager Oberst Sławek, d. h. die mit so viel Drohungen und Verhetzungen ausgespielte Karriere langsam ohne das geringste positive Ergebnis zurückziehen würde. Eine Kapitulation Oberst Sławeks würde tatsächlich einen Zusammenbruch der diktatorischen Form des Pilsudismus gleichkommen, ein Zusammenbruch, der durch einen freiwilligen Rücktritt des Ministerpräsidenten nur noch aussichtsloser würde. Eine zweite Möglichkeit, die Regierung vor einer offenen Niederlage zu retten, wäre die Auflösung des Parlaments. Da sie aber, wenn die Regierung nicht einen außerordnungsmäßigen Zustand herbeiführen würde, zwangsläufig die Auszeichnung von Neuwahlen nach sich ziehen müßte, die im augenblicklichen Stadium nur eine vernichtende Niederlage der Pilsudisten bringen müßte, wird diese Form einer radikalen Krisenlösung als nicht wahrscheinlich angesehen.

Die Regierung des Obersten Sławek, die bekanntlich bisher mit allen Mitteln eine Einberufung des Sejms zu hinterziehen versucht hatte, da sie sehr wohl weiß, daß unter dieser formalen Begründung sich das Bestreben der Abgeordneten versteckt, im Parlament dem Kabinett sofort das Misstrauen zu erklären, wird nunmehr gezwungen sein, einen Vorstoß zu benennen. In politischen Kreisen wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Premier Oberst Sławek einem solchen Misstrauensvotum zuvor kommen und noch vor Einberufung des Sejms seine Demission geben wird. Wie verlautet, ist selbst im Kabinett eine starke Strömung für die Einberufung des Sejms, da die verantwortlichen Wirtschaftsführer die Möglichkeit einer Normalisierung der schweren Wirtschaftslage nunmehr auf dem Wege außerordentlicher Verordnungen und neuer Steuergesetze erblieben. Andererseits wäre es mehr als übertrieben, wenn das Pilsudski-Lager Oberst Sławek, d. h. die mit so viel Drohungen und Verhetzungen ausgespielte Karriere langsam ohne das geringste positive Ergebnis zurückziehen würde. Eine Kapitulation Oberst Sławeks würde tatsächlich einen Zusammenbruch der diktatorischen Form des Pilsudismus gleichkommen, ein Zusammenbruch, der durch einen freiwilligen Rücktritt des Ministerpräsidenten nur noch aussichtsloser würde. Eine zweite Möglichkeit, die Regierung vor einer offenen Niederlage zu retten, wäre die Auflösung des Parlaments. Da sie aber, wenn die Regierung nicht einen außerordnungsmäßigen Zustand herbeiführen würde, zwangsläufig die Auszeichnung von Neuwahlen nach sich ziehen müßte, die im augenblicklichen Stadium nur eine vernichtende Niederlage der Pilsudisten bringen müßte, wird diese Form einer radikalen Krisenlösung als nicht wahrscheinlich angesehen.

Die Regierung des Obersten Sławek, die bekanntlich bisher mit allen Mitteln eine Einberufung des Sejms zu hinterziehen versucht hatte, da sie sehr wohl weiß, daß unter dieser formalen Begründung sich das Bestreben der Abgeordneten versteckt, im Parlament dem Kabinett sofort das Misstrauen zu erklären, wird nunmehr gezwungen sein, einen Vorstoß zu benennen. In politischen Kreisen wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Premier Oberst Sławek einem solchen Misstrauensvotum zuvor kommen und noch vor Einberufung des Sejms seine Demission geben wird. Wie verlautet, ist selbst im Kabinett eine starke Strömung für die Einberufung des Sejms, da die verantwortlichen Wirtschaftsführer die Möglichkeit einer Normalisierung der schweren Wirtschaftslage nunmehr auf dem Wege außerordentlicher Verordnungen und neuer Steuergesetze erblieben. Andererseits wäre es mehr als übertrieben, wenn das Pilsudski-Lager Oberst Sławek, d. h. die mit so viel Drohungen und Verhetzungen ausgespielte Karriere langsam ohne das geringste positive Ergebnis zurückziehen würde. Eine Kapitulation Oberst Sławeks würde tatsächlich einen Zusammenbruch der diktatorischen Form des Pilsudismus gleichkommen, ein Zusammenbruch, der durch einen freiwilligen Rücktritt des Ministerpräsidenten nur noch aussichtsloser würde. Eine zweite Möglichkeit, die Regierung vor einer offenen Niederlage zu retten, wäre die Auflösung des Parlaments. Da sie aber, wenn die Regierung nicht einen außerordnungsmäßigen Zustand herbeiführen würde, zwangsläufig die Auszeichnung von Neuwahlen nach sich ziehen müßte, die im augenblicklichen Stadium nur eine vernichtende Niederlage der Pilsudisten bringen müßte, wird diese Form einer radikalen Krisenlösung als nicht wahrscheinlich angesehen.

Die Regierung des Obersten Sławek, die bekanntlich bisher mit allen Mitteln eine Einberufung des Sejms zu hinterziehen versucht hatte, da sie sehr wohl weiß, daß unter dieser formalen Begründung sich das Bestreben der Abgeordneten versteckt, im Parlament dem Kabinett sofort das Misstrauen zu erklären, wird nunmehr gezwungen sein, einen Vorstoß zu benennen. In politischen Kreisen wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Premier Oberst Sławek einem solchen Misstrauensvotum zuvor kommen und noch vor Einberufung des Sejms seine Demission geben wird. Wie verlautet, ist selbst im Kabinett eine starke Strömung für die Einberufung des Sejms, da die verantwortlichen Wirtschaftsführer die Möglichkeit einer Normalisierung der schweren Wirtschaftslage nunmehr auf dem Wege außerordentlicher Verordnungen und neuer Steuergesetze erblieben. Andererseits wäre es mehr als übertrieben, wenn das Pilsudski-Lager Oberst Sławek, d. h. die mit so viel Drohungen und Verhetzungen ausgespielte Karriere langsam ohne das geringste positive Ergebnis zurückziehen würde. Eine Kapitulation Oberst Sławeks würde tatsächlich einen Zusammenbruch der diktatorischen Form des Pilsudismus gleichkommen, ein Zusammenbruch, der durch einen freiwilligen Rücktritt des Ministerpräsidenten nur noch aussichtsloser würde. Eine zweite Möglichkeit, die Regierung vor einer offenen Niederlage zu retten, wäre die Auflösung des Parlaments. Da sie aber, wenn die Regierung nicht einen außerordnungsmäßigen Zustand herbeiführen würde, zwangsläufig die Auszeichnung von Neuwahlen nach sich ziehen müßte, die im augenblicklichen Stadium nur eine vernichtende Niederlage der Pilsudisten bringen müßte, wird diese Form einer radikalen Krisenlösung als nicht wahrscheinlich angesehen.

Die Regierung des Obersten Sławek, die bekanntlich bisher mit allen Mitteln eine Einberufung des Sejms zu hinterziehen versucht hatte, da sie sehr wohl weiß, daß unter dieser formalen Begründung sich das Bestreben der Abgeordneten versteckt, im Parlament dem Kabinett sofort das Misstrauen zu erklären, wird nunmehr gezwungen sein, einen Vorstoß zu benennen. In politischen Kreisen wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Premier Oberst Sławek einem solchen Misstrauensvotum zuvor kommen und noch vor Einberufung des Sejms seine Demission geben wird. Wie verlautet, ist selbst im Kabinett eine starke Strömung für die Einberufung des Sejms, da die verantwortlichen Wirtschaftsführer die Möglichkeit einer Normalisierung der schweren Wirtschaftslage nunmehr auf dem Wege außerordentlicher Verordnungen und neuer Steuergesetze erblieben. Andererseits wäre es mehr als übertrieben, wenn das Pilsudski-Lager Oberst Sławek, d. h. die mit so viel Drohungen und Verhetzungen ausgespielte Karriere langsam ohne das geringste positive Ergebnis zurückziehen würde. Eine Kapitulation Oberst Sławeks würde tatsächlich einen Zusammenbruch der diktatorischen Form des Pilsudismus gleichkommen, ein Zusammenbruch, der durch einen freiwilligen Rücktritt des Ministerpräsidenten nur noch aussichtsloser würde. Eine zweite Möglichkeit, die Regierung vor einer offenen Niederlage zu retten, wäre die Auflösung des Parlaments. Da sie aber, wenn die Regierung nicht einen außerordnungsmäßigen Zustand herbeiführen würde, zwangsläufig die Auszeichnung von Neuwahlen nach sich ziehen müßte, die im augenblicklichen Stadium nur eine vernichtende Niederlage der Pilsudisten bringen müßte, wird diese Form einer radikalen Krisenlösung als nicht wahrscheinlich angesehen.

Die Regierung des Obersten Sławek, die bekanntlich bisher mit allen Mitteln eine Einberufung des Sejms zu hinterziehen versucht hatte, da sie sehr wohl weiß, daß unter dieser formalen B